

Warnung vor der Stromlücke

Di, 10. Mai. 2022



Der neue Vizepräsident Renato Hübscher (links) und der wiedergewählte Präsident Roland Büchi (rechts) mit Nationalrat Christian Imark (Mitte). Bild: zg

60. Generalversammlung der SVP Wohlen-Anglikon mit Referat von Nationalrat Christian Imark

Der Bundesrat liefert laut Christian Imark nur Ideologien und keine Lösungen. Aber die Schweiz müsse endlich aus dem Öko-Schlaf erwachen, mahnte der Solothurner Nationalrat bei seinem Besuch bei der SVP Wohlen.

Im Restaurant Schönau fand die 60. Generalversammlung der SVP Wohlen-Anglikon statt. Nach einem feinen Imbiss fand das traditionelle Referat eines prominenten Gastes zu einem aktuellen Thema statt. Im letzten Jahr war es Nationalrat Alfred Heer, der Wohlen besuchte. Nun erschien Nationalrat Christian Imark bei der grössten Ortspartei in Wohlen und sprach über die drohende Strommangellage in der Schweiz.

Für Kernenergie und gegen Mitte-Links

Als Nationalrat ist Imark Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, Mitglied der Subkommission EDI/UVEK und Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie. Er ist vermutlich einer der wenigen Parlamentarier in Bundesbern, die aktuell die kommende Stromkrise realistisch beurteilen. So wurde er wohl zum grössten Kritiker von Bundesrätin Sommaruga. Was das Departement UVEK unter der Leitung der SP-Magistratin in den letzten Monaten «alles für Luftballons hat steigen lassen», fragte er die Versammlung. Nachdem aus diesem Departement zugegeben wurde, dass in Zukunft zu wenig Strom vorhanden sei, wollte das Departement das Problem laut Imark sofort mit Gaskombikraftwerken lösen. «Ein paar Wochen später kam mit dem Einmarsch der Russen in der Ukraine der grosse Dämpfer. Die Preise der fossilen Brennstoffe steigen und steigen.»

Wiederholt betonte Christian Imark, dass die Mitte-Links-Parteien aktuell alles unternehmen würden, damit die Kernenergie nicht thematisiert wird. Dabei wies er auch auf die Debatte im Grossen Rat hin, wo die SVP für einmal geschlossen mit der FDP eine Standesinitiative zur Kernenergie nach Bundesbern durchbringen wollte, aber wegen der Mitte-Partei nur knapp

scheiterte. Die Mitte-Politiker wurden vermutlich von ihren Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus Bern zurückgebunden, so Imark. Und man könne doch ihrer Alt-Bundesrätin Doris Leuthard nicht in den Rücken fallen. Leuthard sei laut Imark jene Bundesrätin, die wegen ihrer Energiestrategie 2050 die Hauptschuld an der kommenden Stromkrise tragen würde.

Imark ist der festen Überzeugung, dass die Schweiz in Zukunft in den Wintermonaten eine Stromlücke aufweisen werde, die Lösung für dieses Problem werde «von linker Seite schöngeredet». Da nützt gemäss Imark die erneuerbare Energie auf jedem Dach durch eine PV-Anlage nicht viel, «denn der Schweiz müssten über zweimal so viele Dächer zur Verfügung stehen», damit der steigende Strombedarf einigermaßen gedeckt werden könne.

Aus dem Öko-Schlaf erwachen

Auch die aktuell lancierte Idee, jede Wärmepumpe mit zehntausend Franken Bundesgelder zu subventionieren, sei «nur eine Schnapsidee. Die Pumpen können aktuell gar nicht geliefert werden und unsere KMUs der Heizungsbranche hätten keinerlei Ressourcen, solche Montagen auszuführen. Zudem benötigt jede neue Wärmepumpe zusätzlichen Strom, wie auch jedes neue Elektroauto.»

In seiner unbekümmerten Art konnte er die Versammlung davon überzeugen, dass mit der eingeschlagenen Strategie die Schweiz und ihre Wirtschaft «in einigen Jahren an die Wand gefahren» werde, wenn man nicht endlich alle Strommöglichkeiten in der Schweiz offen in Betracht ziehen würde. «So wie es die Länder um uns herum auch machen.» Sie alle seien aus ihrem Öko-Schlaf erwacht und würden jetzt unabhängige Lösungen zum Wohle der eigenen Bevölkerung suchen. Die Kernenergie in der neusten Technologie wäre laut Imark «die richtige und eine gute Alternative zur erneuerbaren Energie und ausserdem CO2-neutral». Volksentscheidungen haben auch bei ihm hohe Priorität. Aber es habe sich seit der Abstimmung 2017 sehr vieles verändert und der Bundesrat liefert «ausser Ideologien einfach keine Lösungen».

Renato Hübscher ist neuer Vizepräsident

Nach dem Referat übernahm der Parteipräsident Roland Büchi die Regie. Bei seinem Rückblick erwähnte er auch das Wahlergebnis im Einwohnerrat und im Gemeinderat. Die Ziele seien nicht erreicht worden und daran werde man die nächsten vier Jahre arbeiten müssen.

Christian Imark blieb während der Versammlung anwesend und übernahm dann spontan das Amt des Tagespräsidenten. Stilsicher wie bei seinem Referat führte er die Erneuerungswahlen durch. Bestätigt wurde zuerst der gesamte Vorstand. Es sind dies: Diana Holliger, Roland Büchi, Max Hüsler, Daniel Meier, Fabian Vock, Manfred Breitschmid, Marc Läufer, Peter Christen und Noel Walser.

Neu wurde Renato Hübscher, der ehemalige Gründer und Ortsparteipräsident von Dottikon, in den Vorstand und zusätzlich zum Vizepräsidenten gewählt. Danach bestätigte die Versammlung die aktuellen Revisoren, Anita Loepthien und Adrian Kündig. Zuletzt erhielt der aktuelle Präsident Roland Büchi für weitere zwei Jahre als Präsident das Vertrauen sämtlicher Stimmen aus der Versammlung.